

Asylsuchenden ist nur Sexarbeit erlaubt

09.10.2007

Salzburgs ÖVP will es Schleppern schwerer machen und die Prostitution von Asylbewerbern verbieten

Wien (SN-par, zim). Als Putzfrau dürfen Asylbewerberinnen nicht arbeiten, als Prostituierte sehr wohl. Der Grund: Sexarbeit befindet sich immer noch in einem rechtlichen Graubereich. Sie ist zwar prinzipiell erlaubt, wird aber dennoch nicht als offizielle Beschäftigung anerkannt. Die Salzburger ÖVP will Prostitution von Asylbewerberinnen nun verbieten. Sie brachte bei der Klubobleutekonferenz am Montag einen Antrag auf Änderung des Asylrechts ein.

Salzburgs ÖVP-Klubobfrau Gerlinde Rogatsch betonte, dass dieser "menschenunwürdige Zustand" nicht mehr länger toleriert werden dürfe. Dafür brauche man aber einen Schulterchluss aller Bundesländer. Frauen müssten oft die Kosten für ihre Schleppung in Bordellen abarbeiten, indem sie gezwungen würden, ihren Körper zu verkaufen. Die Frauen suchten um Asyl an, aber nicht um Bundesbetreuung. "Daher kommt man auf viele Geschichten erst sehr spät drauf." Allein in Salzburg gebe es zehn Fälle, sagt Rogatsch. Dabei gehe es nicht um den an sich schon illegalen Straßenstrich.

Wie viele Prostituierte es in Summe in ganz Österreich tatsächlich gibt, weiß niemand so recht. Fragt man bei den Landesregierungen nach, wird man auf die Fremdenpolizei verwiesen. Die untersteht zwar dem Innenministerium, dort hat man aber von der Anzahl an Prostituierten in Österreich auch keine Ahnung. Zwar müssen sich Prostituierte für den ersten Schritt in die Legalität bei einer der neun Sicherheitsdirektionen registrieren lassen, für die anschließenden Gesundenuntersuchungen sind aber dann die Amtsärzte in den verschiedenen Bezirkshauptmannschaften der Bundesländer zuständig.

Sicher ist nur, dass es in Vorarlberg als einzigem Bundesland offiziell keine einzige Prostituierte gibt. Kein Wunder, schließlich ist Sexarbeit dort nach dem Landesprostitutionsgesetz auch nur in einzelnen ausgewählten Bordellen möglich. Wien hat mit insgesamt 4000 bis 6000 Prostituierten die meisten Sexarbeiterinnen im Land. Davon soll aber bloß ein Drittel, rund 1140, tatsächlich gemeldet sein. Sie alle besitzen die Kontrollkarte, in Wien auch "Deckel" genannt, mit der man sich bei Polizeikontrollen ausweisen und so einer Geldstrafe zwischen 550 und 7300 Euro entgehen kann. Um sie zu behalten, müssen sich die Prostituierten allerdings jede Woche auf Geschlechtskrankheiten untersuchen lassen und zusätzlich alle drei Monate einen Aidstest machen.

Noch schwieriger ist es an Informationen über den Anteil der Asylbewerber zu kommen, die mit Prostitution ihren Lebensunterhalt verdienen. Darüber gibt es überhaupt keine Daten. Einen einzigen Anhaltspunkt bietet lediglich eine Studie der Wiener Prostituiertenorganisation "SOPHIE BildungsRaum für Prostituierte" vom Juni dieses Jahres. Sie beruft sich ihrerseits auf Schätzungen des Innenministeriums, das 2004 von einem Anteil von über 80 Prozent Zuwanderern unter Prostituierten ausging. Darunter fallen selbstverständlich auch die Asylbewerber.